

Die EU will Arbeitnehmer und Völker die „Krise“ zahlen lassen

Island: 93% des Volkes sagen Nein – wir sind nicht bereit, die Zeche für die Spekulationsgeschäfte der Banken zu zahlen.

In Griechenland erhebt sich das arbeitende Volk in immer neuen Streiks und Demonstrationen gegen die drakonischen „Sparprogramme“, die die EU diktiert.

So wie in Island die sozialdemokratische Partei den Aufruf zum Nein nicht unterstützt hat, ist der sozialistische Regierungschef Papandreu in Griechenland fest entschlossen, das EU-Programm mit seinen „blutigen Einschnitten“ (Papandreu) gegen den Widerstand des Volkes durchzusetzen.

Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland werden in nicht wenigen Maßnahmen der griechischen Regierung, wie den Lohn- und Rentenkürzungen, die Agenda-Politik wiedererkennen, die schon unter der Regierung SCHRÖDER - SPD durchgesetzt wurde.

Auf den Grundlagen der Schröder-Politik bereitet die bürgerliche Regierungskoalition unter Merkel heute weitere Schläge gegen die sozialen Sicherungssysteme, die öffentlichen Haushalte und die Öffentliche Daseinsvorsorge vor.

Und von der neuen SPD-Führung unter Gabriel ist nicht zu erwarten, dass sie – im völligen Bruch mit Schröders Politik der sozialen Demontage – den Widerstand gegen diese zerstörerischen Pläne der schwarz-gelben Regierung mobilisieren wird.

In der augenblicklichen Situation sehen

sich die ArbeitnehmerInnen vor allem konfrontiert mit der drohenden, schon beginnenden Massenvernichtung von industriellen Arbeitsplätzen.

Und es ist die gleiche EU, die im Namen des „unverfälschten freien Wettbewerbs“ den Einsatz staatlicher Hilfgelder für die Rettung von Arbeitsplätzen und Betrieben verbietet – während Gelder in Milliardenhöhe aus den öffentlichen Kassen genommen werden dürfen zum Abräumen der „Überkapazitäten“, der Arbeitsplätze und Löhne bei Opel, um GM wieder eine „wettbewerbsfähige“ Profitrate zu garantieren.

Das ist auch die Politik der Kleinen Koalition unter Merkel in Berlin, wie unter Koch in Hessen und Rüttgers in NRW – so wie es schon die Politik der SPD-Führung in der Großen Koalition war und wie sie von der heutigen SPD-Führung unterstützt wird.

So hatte im Frühjahr 2009 SPD-Arbeitsminister Scholz die Forderung von Opel-Kollegen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen nach einer „sofortigen Initiative für eine Regierungsentcheidung für die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze und Produktionsanlagen“ zurückgewiesen.

Die SPD-Spitzenkandidatin in den NRW-Landtagswahlen am 9. Mai, Hannelore Kraft, verliert auf dem letzten SPD-Landesparteitag kein Wort darüber, dass bei Opel Bochum 1799 Arbeitsplätze vernichtet werden. Sondern sie zu denen gehören, die sich demnächst unter den Sanktionsdrohungen von Hartz IV als

„freiwillige“ Billiglöhner auf dem „sozialen Arbeitsmarkt“, den Kraft gerade neu propagiert hat, verdingen müssen.

„Es gibt keine andere Lösung – Alle Arbeitsplätze und alle Werke von Opel müssen unter staatlichen Schutz gestellt werden“ – auf der Konferenz am 13. März in Bochum (s. Artikel auf Seite 4), an der GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen aus NRW, Hessen und Berlin teilgenommen haben, kam diese Erfahrung von Opel-Kollegen zum Ausdruck.

Alle TeilnehmerInnen unterstützten die Position, dass es der Verantwortung der SPD als historischer Partei der Arbeiterschaft in Deutschland entspräche, die Initiative zu ergreifen und ein Gesetz für staatlichen Schutz und Garantie der Arbeitsplätze in den Landtagen und im Bundestag einzubringen.

In ihrer Erklärung betonten sie: „Wir laden Euch, Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, ein, diese Forderung mit ihrer Unterschrift zu unterstützen und sich gemeinsam mit uns im Kampf dafür zu engagieren. (...) Wir bekräftigen das Recht unserer Gewerkschaft, die Arbeitnehmer für die Forderung zu mobilisieren, dass die Arbeitsplätze bei Opel unter staatlichen Schutz gestellt werden müssen, und von der Regierung eine solche Gesetzesinitiative zu fordern.“

Wir laden unsere LeserInnen bundesweit ein, unterstützt diese Initiative mit eurer Unterschrift. (Weitere Informationen über die Redaktion.)

CARLA BOULBOULLÉ

HAITI: Das Erdbeben hat 440.000 Arbeitsplätze „sehr schwer beschädigt“ (IAO-BIT)

„Wir schätzen, dass ungefähr 90.000 Arbeitsplätze vollständig vernichtet wurden“, sagte der Leiter des Notstandsteams des Internationalen Arbeitsamtes der IAO, Alfredo Lazarte, auf einer Pressekonferenz in Genf. Er fügte hinzu, dass außerdem 350.000 weitere Arbeitsplätze „sehr schwer beschädigt“ sind, angesichts der Zerstörungen, die ca. 1/3 der größeren Betriebe auf Haiti und zahlreiche Wohnhäuser, in denen die weitverbreitete Heimarbeit stattfand, getroffen haben. Die Arbeitslosigkeit, nicht gerechnet in der informellen Wirtschaft, erreichte schon vor dem Erdbeben 70-80%.

SPENDENAUFTRUF: Helft beim Wiederaufbau der Arbeiterorganisationen Haitis !

Die gewerkschaftlichen und Volksorganisationen von Haiti (*), die im Dezember 2008 in Port-au-Prince die kontinentale Konferenz für die Souveränität von Haiti organisiert haben, rufen zur internationalen Solidarität der ArbeitnehmerInnen auf.

Die Vereinigung der ArbeitnehmerInnen und Völker der Karibik und die Internationale Verbindung (IAV) schließen sich diesem Aufruf an.

Spenden in Deutschland bitte auf das Konto des „Komitees für demokratische Rechte und Freiheiten“.

Kto.Nr. 67031153, BLZ 300 501 10 (Stadtsparkasse Düsseldorf); Kennwort: Spenden Haiti. Das Geld wird an den Fonds der Offenen Weltkonferenz und von dort nach Haiti weitergegeben.

(*) Darunter die CATH, Autonome Gewerkschaftszentrale Haitis; CTSP, Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes; ADFEMTRAH, Frauenverband in der CATH; POS, Sozialistische Arbeiterpartei Haitis; KOTA, Konföderasyon travayé aisyen; UTSH, Gewerkschaftsbund von Haiti; CISN, unabhängige nationale Gewerkschaften; FOS, Gewerkschaftsföderation.